

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2018

Wirtschaftschronik. I. Quartal 2018

Gemäß der Interimsprognose der Europäischen Union beschleunigt sich das Wachstum in der EU insgesamt und in den Euro-Ländern. Dennoch liegt die Staatsschuldenquote in 7 Euro-Ländern über 100%. Der Präsident des Europäischen Rates schlägt ein Freihandelsabkommen nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus dem Europäischen Binnenmarkt, der Zollunion und der Europäischen Gerichtsbarkeit vor. Der Europäische Rat stimmt einer vom Vereinigten Königreich geforderten Übergangsphase bis zum EU-Austritt Ende 2020 zu und legt Leitlinien fest. Während China, Indien und viele afrikanische Länder Freihandelsabkommen schließen, führen die USA Schutzzölle ein. Die Gefahr eines von den USA angestoßenen Handelskrieges droht. – Der österreichische Finanzminister Löger präsentiert dem Nationalrat das Doppelbudget 2018/19. Für 2019 ist erstmals seit 1954 ein Überschuss des Finanzierungssaldos budgetiert (500 Mio. €).

Calendar of Economic Events. First Quarter of 2018

The European Union's interim economic forecast expects an acceleration of economic growth for the euro area and the EU. Nevertheless, sovereign debt rates exceed 100 percent in seven euro-zone countries. The President of the European Council proposed a free-trade agreement for the UK after the latter's exit from the Single European Market, the customs union and European jurisdiction. The European Council agreed to a transition phase as demanded by the UK until its exit in late 2020 and identified the requisite guidelines. While China, India and many African countries are concluding free-trade agreements, the USA is introducing protective customs tariffs, risking a trade war. – Austrian Finance Minister Hartwig Löger presented the double budget for 2018-19 to Parliament, which foresees in 2019 a surplus of the net lending-net borrowing rate (500 million €) for the first time since 1954.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. März 2018.

Begutachtung: Simon Loretz, Margit Schratzenstaller, Yvonne Wolfmayr

1. Ausland

1. Jänner: Bulgarien übernimmt von Estland den Vorsitz des Europäischen Rates.

Europäischer Rat: Vorsitz

9. Jänner: Der Präsident der Europäischen Kommission Juncker fordert anlässlich einer Konferenz eine Ausweitung der finanziellen Mittel für die nächste Finanzperiode. Um die wachsenden Aufgaben erfüllen zu können, müssten die Mitgliedsländer mehr als 1% des BIP zum EU-Haushalt beitragen. Mit dem Ausscheiden des Nettozahlers Vereinigtes Königreich werden Einnahmen von 12 bis 13 Mrd. € pro Jahr ausfallen. Künftige zusätzliche Ausgaben sollten zu 20% über Einsparungen und zu 80% über zusätzliche finanzielle Mittel gedeckt werden.

EU: Haushalt

10. Jänner: Die Federal Energy Regulatory Commission der USA lehnt den Vorschlag des Energieministeriums ab, Kohle- und Kernkraftwerke zu subventionieren.

USA: Kohle- und Kernkraftwerke

15. Jänner: Um die Freigabe der letzten Tranche der Hilfgelder aus dem ESM zu erreichen, verabschiedet das griechische Parlament ein Gesetzespaket, das u. a. die bisher ausgesetzte Zwangsversteigerung von Immobilien wieder ermöglicht. Zahlreiche uneinbringliche Bankkredite sind durch Immobilien abgesichert. Eine weitere Gesetzesänderung erschwert künftig die Abhaltung von Streiks.

Griechenland: ESM

USA: Apple	<p>18. Jänner: Aufgrund der günstigen Bedingungen durch die Steuerreform (repatriierte Gewinne werden mit 15,5% statt bisher 35% besteuert) kündigt der Vorstandsvorsitzende von Apple an, 38,5 Mrd. \$ an Steuern zu zahlen und Geldreserven von 252 Mrd. \$ in die USA zu transferieren. Der Konzern plant, in den nächsten 5 Jahren 30 Mrd. \$ in den USA zu investieren und 20.000 Arbeitsplätze zu schaffen.</p>
USA: Shutdown	<p>19. Jänner: In den USA läuft der parlamentarische Kompromiss zur Haushaltsfinanzierung aus, das Übergangsbudget findet im Senat keine Mehrheit. Ein Shutdown ist die Folge, rund 800.000 Staatsbedienstete müssen Urlaub nehmen, erhalten ihr Gehalt nicht oder verspätet.</p>
USA: Shutdown	<p>22. Jänner: Mit der Zustimmung des Senats zu einem temporären Budget wird die drei Tage dauernde teilweise Schließung des Regierungsbetriebes in den USA (Shutdown) beendet.</p>
USA: Zölle	<p>23. Jänner: Als handelspolitische Schutzmaßnahme verhängen die USA auf den Import von Waschmaschinen und Solarmodulen Zölle, die vorwiegend China und Südkorea treffen. Der Import der ersten 1,2 Mio. Waschmaschinen wird mit 20% besteuert. In den folgenden zwei Jahren wird der Prozentsatz um jeweils 2 Prozentpunkte gesenkt. Importe über der Quote werden mit einem Zoll von 50%, in den Folgejahren von 45% bzw. 40% belastet. Für Solarmodule gelten Zolltarife von 30% bzw. 25% und 20%. Solarzellen bis zu einer Leistung von 2,5 GW sind von der Maßnahme ausgenommen,</p>
Deutschland: Autoindustrie	<p>26. Jänner: VW, BMW, Daimler und Bosch haben Studien zu den Auswirkungen von Abgasen wie Stickstoffoxiden auf Affen finanziert. VW entschuldigt sich für die Tierversuche zu Dieselaabgasen.</p>
World Economic Forum: Jahrestreffen	<p>23.-26. Jänner: Das Jahrestreffen des World Economic Forum (WEF) in Davos findet mit dem Titel "Für eine gemeinsame Zukunft in einer zersplitterten Welt" statt. In seiner Rede spricht sich der indische Premierminister für Globalisierung und gegen den Protektionismus durch Zölle und Handelshemmnisse aus. Der Präsident der USA bekräftigt in seiner Ansprache, die Strategie "America first" weiter zu verfolgen und Regulierungen in den USA abzubauen; er betont die bereits sichtbaren positiven Effekte seiner Steuerreform.</p>
Europäische Zentralbank: fiskalische Puffer	<p>27. Jänner: Der Präsident der Europäischen Zentralbank Draghi rechnet erst Mitte 2019 mit einer Zinserhöhung. Aufgrund der guten Konjunkturlage und der günstigen zinspolitischen Bedingungen fordert er substanzielle Reformen und die Bildung fiskalischer Puffer, vor allem von Ländern mit hoher Staatsverschuldung (2017: Griechenland 175% des BIP, Italien 135%, Portugal 132%, Zypern 108%, Belgien 107%, Spanien und Frankreich 100%).</p>
EU: Brexit	<p>29. Jänner: Der Rat der Europäischen Union legt die Verhandlungsrichtlinien zur Übergangsphase des Brexit fest, die nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreiches am 31. März 2019 beginnt und mit 29. Dezember 2020 endet. In dieser Phase gilt für das Vereinigte Königreich weiterhin der gesamte EU-Besitzstand, jedoch gilt das Land als Drittland und wird nicht mehr in den EU-Institutionen vertreten sein und nicht mehr am Beschlussfassungsprozess der EU teilhaben. Die Übergangsphase wird Teil des Brexit-Vertrages sein.</p>
Europäisches Parlament: Onlinehandel	<p>6. Februar: Das Europäische Parlament beschließt, dass Onlinehändler künftig Kunden aus allen EU-Ländern bezüglich des Preises und der Verkaufsbedingungen eines Produktes gleich behandeln müssen. Mit dem Verbot der geographischen Marktabschottung (Geo Blocking) sollen die Binnenmarktregeln auch im Internet umgesetzt werden. Digitale und urheberrechtlich geschützte Produkte (Medien) und Transportdienstleistungen sind von der Regelung ausgenommen.</p>
Venezuela: Abwertung	<p>Venezuelas Währung Bolivar wird um 99,6% abgewertet. 1 \$, zuvor offiziell 10 Bolivar, kostet nun 25.000 Bolivar. Auf dem Schwarzmarkt wird ein Preis von 230.000 Bolivar gezahlt.</p>
EU: Interimsprognose	<p>7. Februar: Die Europäische Kommission erhöht in ihrer Interimsprognose die Wachstumsrate für die EU 28 insgesamt und die Länder des Euro-Raumes. 2017 wuchs die Wirtschaft in der EU um 2,5%, für 2018 wird eine Rate von 2,3% und für 2019 von 2% prognostiziert.</p>

Nach dreitägigen Streiks in 280 deutschen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie einigen sich die Tarifpartner im Südwesten des Landes auf neue Arbeitszeitregeln. Die 3,9 Mio. Beschäftigten können ab 2019 die wöchentliche Arbeitszeit für mindestens 6 Monate und höchstens 2 Jahre auf 28 Stunden verringern. Danach haben sie die Option, wieder zur derzeit geltenden 35-Stunden-Woche zu wechseln. Im Gegenzug wird der Arbeitgeberseite ermöglicht, einen größeren Teil der Arbeitsverträge mit 40 Stunden pro Woche abzuschließen. Bisher durften nur 18% der Belegschaft 40 Wochenstunden arbeiten. Dieser Anteil kann je nach Qualifikation auf bis zu 50% angehoben werden. Für die Monate Jänner bis März 2018 wird ein Zuschlag von 100 € gezahlt. Ab 1. April wird das Entgelt um 4,3% angehoben. Ab Jänner 2019 wird ein tarifliches Zusatzgeld von 27,5% eines Monatsentgeltes gezahlt sowie ein verdienstunabhängiger Jahresbetrag von 400 €.

Deutschland: Streiks

9. Februar: Der Kongress der USA stimmt einem neuen Budget zu. Der Voranschlag gilt bis Ende September 2019 und sieht über 300 Mrd. \$ vorwiegend für militärische Ausgaben. Mangels Gegenfinanzierung wird die Ausgabensteigerung eine weitere Erhöhung der Staatsschulden zur Folge haben (laut Schätzungen 2017: 105,4% des BIP, 2018: 107,2%, 2019: 108,1% des BIP¹⁾).

USA: Budget

26. Februar: Das deutsche Bundesverwaltungsgericht gibt der Klage der Deutschen Umwelthilfe recht und ermöglicht damit ein Fahrverbot für Fahrzeuge mit Dieselmotor in Ballungszentren zum Zweck der Luftreinhaltung, mit dem Verweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit²⁾.

Deutschland: Dieselfahrverbot

1. März: Die EU-Länder, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission einigen sich auf eine Revision der EU-Entsenderichtlinie 1996, die die Auslandseinsätze von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in anderen EU-Ländern regelt. Nach dem Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" sollen entsandte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen künftig den lokalen Mindestlohn sowie die lokalen Lohnzuschläge erhalten. Allgemein verbindliche Kollektivverträge werden angewandt, Reise- und Übernachtungsspesen dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden. Die Regelung soll Lohndumping innerhalb der EU verhindern. Osteuropäische EU-Länder befürchten jedoch den Verlust von Wettbewerbsvorteilen.

EU: Entsenderichtlinie

2. März: Die Premierministerin des Vereinigten Königreiches May legt in einer Grundsatzerede zum EU-Austritt fest, dass das Vereinigte Königreich aus dem Europäischen Binnenmarkt, der Zollunion und der Europäischen Gerichtsbarkeit ausscheiden wird und ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU anstrebt. Um die integrierten Lieferketten, auf die sich die Industrie des Landes stützt, nicht zu erschweren, strebt sie eine reibungsfreie Grenze mit der EU an. Unerwünscht ist eine EU-Außengrenze zwischen Nordirland und Irland. Ein gegenseitiger Marktzugang im Bereich der Finanzdienstleistungen wäre wünschenswert, und in diesem Zusammenhang würde sich das Vereinigte Königreich am Regelwerk der Europäischen Union orientieren. May schlägt eine Beteiligung an einzelnen EU-Agenturen vor und würde dafür auch die Geltung von Teilen der EU-Rechtsprechung in Kauf nehmen.

Vereinigtes Königreich: Brexit

5. März: Anlässlich der Jahrestagung des Volkskongresses in China kündigt der Parteivorsitzende und Staatspräsident Xi Jinping eine weitere Öffnung des Finanzmarktes für ausländische Investoren an. Die Regierung will die Zölle auf den Import von Pkw und anderen Konsumgütern senken. Eine Verfassungsänderung ermöglicht Xi Jinping, über 2022 hinaus an der Macht zu bleiben.

China: Finanzmarktöffnung

7. März: Als Reaktion auf die von der Regierung der USA geplanten Strafzölle verabschiedet die Europäische Kommission eine Liste mit 100 Produkten, die bei der Einfuhr aus den USA mit einem Einfuhrzoll von 25% belastet werden könnten. Betroffen sind Waren, die 2017 im Ausmaß von 2,8 Mrd. € aus den USA importiert wurden. Die Handelskommissarin will die Maßnahmen der USA vor der WTO anfechten und weitere Schutzmaßnahmen wie temporäre Einfuhrkontingente und Zölle für Stahl- und Alu-

EU: Einfuhrzölle

¹⁾ Office of Management and Budget, An American Budget, Washington D.C., 2019, S. 148.

²⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2017", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(10), S. 760, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/60707>.

EU: Brexit	<p>minium umsetzen, falls die Importe in die EU aufgrund der weltweiten Überkapazitäten sprunghaft steigen würden.</p> <p>Der Präsident des Europäischen Rates Tusk legt einen Entwurf von Leitlinien zu den künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich vor und schlägt aufgrund der Rede von Premierministerin May (2. März) ein Freihandelsabkommen vor, das den Verkehr von Waren und Dienstleistungen regelt unter der Berücksichtigung von ausgewogenen Rechten und Pflichten. In Sicherheitsfragen, in den Bereichen Forschung, Innovation, Bildung und Kultur soll eine enge Zusammenarbeit beibehalten werden. Im Flugverkehr zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU sollen keine Unterbrechungen mangels Flugrechten auftreten.</p>
Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership	<p>8. März: Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam unterzeichnen das pazifische Handelsabkommen "Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership" (CPTPP). Dieser Freihandelsvertrag umfasst einen Wirtschaftsraum mit 480 Mio. Einwohnern und Einwohnerinnen und einer Wirtschaftsleistung von 13,4% des weltweiten BIP und 15% des Welthandels. Er ersetzt die geplante Transpazifische Partnerschaft (TPP), an der ursprünglich auch die USA teilnehmen sollten.</p>
USA: Qualcomm	<p>12. März: Die Übernahme des Chipherstellers Qualcomm (USA) durch den in Singapur ansässigen Technologiekonzern Broadcom wird vom Ausschuss für Auslandsinvestitionen der USA aus Gründen der nationalen Sicherheit untersagt.</p>
USA: Strafzölle	<p>19. März: 45 Vertreter von Wirtschaftsverbänden aus den USA warnen in einem Brief an Präsident Trump vor der Einführung weitreichender Strafzölle gegen China, da dies eine Kettenreaktion negativer Konsequenzen für die Wirtschaft der USA auslösen werde. Zölle würden auf private Haushalte und Betriebe wie eine Steuererhöhung wirken und die Gewinne aus der Steuerreform zunichtemachen. Vorleistungen aus China sind in der Wertschöpfungskette vieler Betriebe notwendig.</p>
African Continental Free Trade Area	<p>21. März: 44 der 55 Länder der Afrikanischen Union unterzeichnen ein Abkommen zur Gründung der African Continental Free Trade Area (AfCFTA). In den nächsten 10 Jahren sollen 90% der gehandelten Waren von Zöllen befreit werden. Der freie Handel mit Produkten auf diesem großen Markt soll die Abhängigkeit vieler Länder vom Rohstoffsektor vermindern.</p>
G 20: Freihandel	<p>Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der G-20-Länder weisen anlässlich eines Treffens auf die drohende Gefahr eines internationalen Handelskrieges hin.</p>
EU–USA: Außenhandel	<p>21. März: Die Handelskommissarin der EU Malmström und der Handelsminister der USA Ross vereinbaren die Einleitung eines Diskussionsprozesses zu Handelsfragen mit dem Ziel einer für beide Seiten akzeptablen Lösung in Außenhandelsfragen.</p>
USA: Zinssatzerhöhung	<p>22. März: Die Notenbank der USA erhöht die Federal Funds Rate um 25 Basispunkte auf eine Spanne von 1,50% bis 1,75%.</p>
Frankreich: Streiks	<p>Mit einer großangelegten Streikwelle reagieren die Gewerkschaften in Frankreich auf von der Regierung angekündigte Reformen im öffentlichen Dienst. In diesem Bereich sollen bis 2022 120.000 Arbeitsplätze eingespart werden.</p>
EU: Brexit	<p>23. März: Auf der Tagung des Europäischen Rates billigen die Staats- und Regierungsoberhäupter für den EU-Austritt des Vereinigten Königreiches eine Übergangsphase von 29. März 2019 bis 31. Dezember 2020. Der Rat bestätigt die Bereitschaft, über ein ausgewogenes, ehrgeiziges und weitreichendes Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich unter folgenden Leitlinien zu verhandeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zollfreiheit in allen Sektoren des Warenhandels, keine Mengenbeschränkungen, Festsetzung geeigneter Ursprungsregeln, • Einhaltung von Vorschriften zu technischen Handelshemmnissen sowie gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen, • Gewährung des Marktzuganges für Handel und Dienstleistungen nach den Regeln des Aufnahmelandes, • Zugang zu den Märkten für öffentliche Aufträge, Investitionen, • Partnerschaft in den Bereichen Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und grenzüberschreitende Verschmutzung,

- Personenverkehrsbestimmungen ohne Diskriminierung zwischen den EU-Ländern,
- Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdienstleistungen,
- Zusammenarbeit in Bezug auf Forschung, Innovationen, Bildung und Kultur,
- fairer Wettbewerb ohne Unterwanderung von Schutzniveaus in Bezug auf Beihilfen, Steuer-, Sozial-, Umwelt- und Regulierungsmaßnahmen und -verfahren,
- Wahrung der Finanzmarktstabilität der Union in den Bereichen Regulierung, Aufsicht und Anwendung,
- Zusammenarbeit in Strafsachen und in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik,
- Festlegung von Regeln zum Datenverkehr,
- allgemeine Governance der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Aus Gründen der nationalen Sicherheit erheben die USA auf den Import von Stahl einen Zoll von 25% und auf Aluminium von 10%. Importe aus den 28 EU-Ländern sowie aus Kanada, Mexiko, Australien und Argentinien sind bis 1. Mai 2018 von dieser Regelung ausgenommen.

26. März: Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds Lagarde schlägt für die Europäische Währungsunion einen "Schlechtwetterfonds" vor, der in Zeiten guter Konjunktur dotiert werden soll (jährliche Einzahlung der Euro-Länder von 0,35% des BIP) und in Rezessionen Mittel zur Verfügung stellt.

28. März: Ein Teil der dritten Tranche des ESM-Hilfskredites an Griechenland wird ausgezahlt (5,7 Mrd. €).

USA: Zölle

IWF: "Schlechtwetterfonds"

Griechenland: ESM

2. Österreich

12. Jänner: Nach der Entscheidung eines deutschen Gerichtes sind für die Insolvenz der Fluggesellschaft Niki österreichische Gerichte zuständig. Das Insolvenzverfahren wird in Österreich eröffnet, Gebote werden bis 19. Jänner angenommen. Das Verkehrsministerium verlängert die Betriebsgenehmigung für die Niki Luftfahrt.

23. Jänner: Im Zuge des österreichischen Insolvenzverfahrens³⁾ über die Fluglinie Niki entscheidet der Gläubigerausschuss, 15 Flugzeuge sowie Start- und Landerechte in Wien, Zürich, Düsseldorf, München und Palma de Mallorca der Fluglinie Laudamotion GmbH zu überlassen. Weitere Bieter waren die International Airlines Group (IAG) und Ryanair.

7. März: Im Länderbericht Österreich 2018⁴⁾ bewertet die Europäische Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters Strukturreformen und die Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte. In dieser Überprüfung werden die günstigen wirtschaftlichen Bedingungen hervorgehoben. Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen zählt der Bericht u. a.:

- die Verbesserung der Kosteneffizienz des haushaltspolitischen Rahmens,
- die hohe Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit,
- die mittel- und langfristigen Ausgaben für Pensionen und Gesundheit und die damit verbundene Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen,
- das Fehlen einer Verbesserung der Lernergebnisse benachteiligter Schüler und Schülerinnen,
- die restriktive Regulierung der Dienstleistungsmärkte, die nicht produktionsförderlich sei und Innovation und Investitionstätigkeit hemme,

Niki: Insolvenz

Niki: Laudamotion

Europäische Kommission:
Länderbericht

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(1), <http://monatsberichte.wifo.ac.at/60899>.

⁴⁾ Europäische Kommission, Länderbericht Österreich, SWD(2018) 2018 final, <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2018-european-semester-country-report-austria-de.pdf>.

- die Verbreitung und Verbesserung von Breitbandtechnologien in kleinen und mittleren Unternehmen.
- Besonderes Gewicht solle angesichts der Stagnation der Produktivität auf Innovationen und innovative Unternehmen gelegt werden.

Niki: Ryanair

20. März: Niki Lauda verkauft 75% der Anteile von Laudamotion an Ryanair. Zusätzlich zum Kaufpreis stellt Ryanair 50 Mio. € an Startkapital sowie eigene Flugzeuge bereit.

Doppelbudget 2018/19

21. März: Finanzminister Löger präsentiert dem Nationalrat das Doppelbudget 2018/19. Für 2018 ist für den Bund ein administrativer Nettofinanzierungssaldo von –2,2 Mrd. € veranschlagt. Für den Gesamtstaat wird mit einem Maastricht-Defizit von –0,4% des BIP gerechnet, das sich aus einem Defizit des Bundes von 0,5% des BIP und einem positiven Beitrag der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen von 0,1% des BIP ergibt. Nach Bereinigung um den Konjunkturlageinfluss und um Einmalmaßnahmen wird ein struktureller Saldo von –0,9% des BIP erwartet; unter Berücksichtigung der Zusatzkosten für Flüchtlingsbetreuung und Terrorbekämpfung wird das strukturelle Defizit für den Gesamtstaat auf –0,5% des BIP geschätzt. Die Verschuldungsquote sinkt von 78,1% des BIP im Jahr 2017 auf 74,5% des BIP 2018. Die günstige Konjunkturlage (BIP real 2018 +3,2%, 2019 +2,2%) wird auch 2019 die Budgetkonsolidierung unterstützen, und so sollte erstmals seit 1954 für den Bund ein positiver administrativer Nettofinanzierungssaldo erreicht werden (500 Mio. €). Für den Gesamtstaat wird ein Maastricht-Defizit von 0% des BIP veranschlagt (Bund –0,1%, andere Gebietskörperschaften +0,1%), während das strukturelle Defizit auf 0,5% geschätzt wird. Die Verschuldung geht auf 70,4% des BIP zurück. Das an den Budgetausschuss weitergeleitete Budgetbegleitgesetz sieht u. a. eine Kürzung der Mittel für die "Aktion 20.000" von 779 Mio. € auf 185 Mio. € bis Ende 2019 vor, eine Halbierung der Budgetmittel für das verpflichtende Integrationsjahr auf 50 Mio. € sowie Einsparungen im Bereich der Wiedereingliederungshilfe für Ältere und Langzeitarbeitslose.

Umsatzsteuer auf Nchtigungen

21. März: Der Nationalrat beschließt eine Senkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Nchtigungen von 13% auf 10%. Die ab November 2018 geltende Steuerentlastung der Tourismusbetriebe soll ab 2019 ein jährliches Volumen von 120 Mio. € betragen.

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz

22. März: Im Nationalrat wird eine Novellierung des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes beschlossen. Ab 1. Juli 2018 werden 450.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, deren monatliches Gehalt zwischen 1.381 € und 1.948 € liegt, niedrigere bzw. keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen. Die Mindereinnahmen werden ab 2019 auf 140 Mio. € jährlich geschätzt.

Budgetäre Notifikation

27. März: Die budgetäre Notifikation weist für 2017 ein gesamtstaatliches Maastricht-Defizit von 2,6 Mrd. € (0,7% des BIP) und einen Schuldenstand von 290,3 Mrd. € (78,6% des BIP) aus. Die Staatsverschuldung liegt um 4,9 Mrd. € unter dem Vorjahreswert, 2016 betragen das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit 1,6% des BIP und der Schuldenstand 83,6% des BIP.

Flughafen Wien: Bedarfsprüfung

28. März: Nach Prüfung des Bedarfes an einer zusätzlichen Start- und Landebahn auf dem Flughafen Wien genehmigt das Bundesverwaltungsgericht die dritte Piste des Flughafens Wien unter Auflagen, die die CO₂-Emissionen sowie die Lärmbelästigung für die Anrainer und Anrainerinnen verringern⁵⁾.

⁵⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2017", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(7), S. 544, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/60549>.